

Nach einer halbstündigen Pause erscheint kurz nach 8 Uhr Präsident Löbe wieder im Saale und erklärt: Ich eröffne die verlängerte Sitzung wieder, stelle fest, daß das aus der ersten Sitzung ausgeschlossene Mitglied Remmeli nicht anwesend ist und gebe dem Abgeordneten Schwarzer das Wort zur Beendigung seiner Rede.

Abg. Schwarzer (Part. Volksp.): Die Kommunisten wollen gegen das Gesetz und den Staat aufreisen. Ein Staat, der nicht die Macht besitzt, sich dagegen zu schützen, hat überhaupt keine Autorität mehr. Mit Ausnahme der Tatsache, daß man in Bayern keinen Kommunisten machen darf, steht und steht unter allen Umständen unterdrückt, geht es in Bayern doch noch recht ordentlich zu. Auch heute noch führen Sozialisten in den Ministranten in Beamtenstellen.

Präsident Löbe schlägt den Haufe vor, sich zu vertragen. — Abg. Schulz-Bromberg (D.-R.): Ich widerstreite dem Vorschlag des Präsidenten, weil wir baldmöglichst Gelegenheit haben müssen, den schweren Angriffen des Reichskanzlers gegen uns so rasch wie möglich entgegenzutreten.

Abg. Hoffmann (Kom.) bezweifelt die Geschäftsfähigkeit. — Präsident Löbe heißtt fest, daß das Haus beschäftigt und fähig ist. Er beräumt die nächste Sitzung auf Montag 3 Uhr: Kleine Vorlagen; Weiterberatung.

Der neue Pressechef der Reichsregierung.

Berlin, 17. Juni. Die Ernennung des neuen Pressechefs der Reichsregierung steht bevor. Es ist dafür Oskar Müller in Aussicht genommen.

Fortsetzung des Högl-Prozesses.

(Ergebnis der Berliner Sitzung)

Berlin, 18. Juni. Die Sonnabendabfertigung des Högl-Prozesses war nur noch von kurzer Dauer. Als der Verteidiger den Seinen Hebe noch weiter fragen wollte, erklärte Högl: Ich wünsche dringend, daß die Vernehmung abgebrochen wird. Vorst.: Begegn. Endes hat ja der Angeklagte darüber zu bestimmen. Ich breue deshalb die Vernehmung ab. Die Sitzung wurde dann auf Montag verlegt. Sie wird in einem kleinen Zwischenraum des neuen Kriminalgerichts fortgesetzt, da der Schwurgerichtssaal für andere Verhandlungen gebraucht wird. Es sind nur noch wenige Sitzungen zu vernehmen. Man hofft, die Beweisaufnahme am Montag beenden zu können, so daß das Urteil voransichtlich am Mittwoch gesprochen werden wird.

Zwangswise Zurückhaltung eines deutschen Diplomaten.

Auf Grund von Originaldokumenten teilt die B. A. am Mittag mit, daß der fruhre deutsche Legationssekretär Arnold Högl und sein Kolonialer Hartmann noch jetzt in Frankreich in Haft gehalten werden. Högl war seinerzeit der deutsche Gesandtschaft in Abyssinien als Attaché zugewiesen und wurde im April 1917 als amtierender Kurier mit einem diplomatischen Paket von Addis-Abeba nach Berlin gesandt. Bald nach ihrer Abreise wurden beide durch französische Eingeborenenruppen noch auf neutralem Gebiet in Afrika festgenommen und ins französische Libanon gebracht. Ihre Entfernung ist nach dem bekanntgewordenen Material durchaus zu Unrecht erfolgt. Dennoch wurden sie unter der Anklage, französische Soldaten zur Detention verführt zu haben, vor einem Kriegsgericht gestellt und dort, sowie einige Monate später vom Militägericht, wegen Mordversuchs aus dem Hinterhalt zum Tode verurteilt. Der Pariser Konsulatshof hob jedoch das Urteil auf. Es trat eine neue Verhandlung ein, und in dieser wurden sie zu lebenslanglicher Zwangsarbeit verurteilt, die sie nunmehr in Caen verbüßen.

Nach der Rückkehr des deutschen Gesandten aus Abyssinien legte die deutsche Botschaft in Paris die Beweise für die Kuriereignheit der in Haft gehaltenen vor und lehnte die Wiederaufnahme des Verfahrens ab. Bei dem folgenden Gang des französischen Wiederaufnahmeverfahrens wird jedoch schwerlich noch genügend Zeit verbleiben, bis die Angelegenheit zum Abschluß gebracht ist. Das Auswärtige Amt hat sich nunmehr verpflichtet, beiden nötigenden Gefangenen Geldmittel zur Verfügung zu stellen. Leider ist, wie die B. A. zu melden weiß, die im Februar angewiesene Geldsumme bis zum 29. Mai, dem Datum des vorliegenden Briefes aus Caen, noch nicht an ihrem Bestimmungsort eingetroffen.

Solange sich die deutsche Regierung und ihre auswärtigen Organe nur auf höfliche Hinweise und Mitteln beschränken werden, können sie auch in dieser Angelegenheit, die in ihrer großen Reichswidrigkeit einfach empfindlich, kaum etwas Positives erreichen. Dr. Planer durfte keinen Augenblick Ruhe lassen, die sofortige Freilassung der zurückgehaltenen Herren mit allem Nachdruck zu verlangen. Daß ein solcher Fall überhaupt noch möglich ist, beweist von neuem, daß die Deutschen im Auslande als völlig unvollständig betrachtet werden.

Verhandlungen des Garantiekomitees mit der Regierung.

Berlin, 18. Juni. Am 17. und 18. Juni haben im Reichsfinanzministerium zwischen dem Garantiekomitee und Vertretern der deutschen Regierung mehrere Besprechungen stattgefunden. Den Sitzungen war eine Vorbesprechung zwischen dem Garantiekomitee und Staatssekretär Beramann am Donnerstag vorausgegangen. In der ersten Sitzung wurde zunächst erörtert, was im Sinne des Artikels 4 des von der Wiederherstellungskommission aufgestellten Zahlungspolices als die deutsche Ausfuhr anzusehen und nach welchen Grundsätzen diese Ausfuhr festzustellen ist. Die weitere Erörterung erstreckte sich auf die Frage, welcher Teil der deutschen Jahresleistungen voraussichtlich durch Sachlieferungen und Leistungen abgedeckt werden kann. In den Sitzungen am Sonnabend wurden die einzelnen Steuern durchgesprochen, welche als Sicherheit für die deutschen Leistungen in Frage kommen.

Der Völkerbundsrat über die Danziger Verfassung.

Gens., 19. Juni. Der Völkerbundsrat setzte die Besprechung der Danziger Frage fort. Artikel 39 des am 9. November 1920 zwischen der Freien Stadt Danzig und Polen getroffenen Abkommens bestimmt, daß alle Streitigkeiten, die bei der Ausführung des Vertrages über die beiderseitigen Beziehungen oder in militärischen Angelegenheiten entstehen, dem Kommissar unterbreitet werden müssen, der darüber zu entscheiden hat. Den beiden Partien steht es frei, sich an den Völkerbundsrat zu wenden. Der Völkerbundsrat wird später eine Freiheit für diese Berufung festlegen. Der Völkerbundsrat beschloß ferner, die Genehmigung der Danziger Verfassung zu erzielen, unter Vorbehalt der Verfassungsbestimmungen über den Senat. Der Präsident des Senats und sieben weitere Senatoren werden auf 12 Jahre gewählt und sind gesetzlich verpflichtet, zu demissionieren, sobald die Volksversammlung ihre Politik nicht billigt. Der Völkerbundsrat ist der Ansicht, daß die Amtsduer der Senatoren verkürzt werden müsse.

Der Völkerbundsrat genehmigte ferner daß zwischen Deutschland einerseits, Polen und der Freien Stadt Danzig andererseits getroffene Transaktionskommunikationen.

Rücktritt des steirischen Landeshauptmanns.

Graz, 18. Juni. Landeshauptmann Dr. Ninteler und Landeshauptmann-Stellvertreter Dr. Ahren haben dem Hauptausschuß des Landtages das Landeshauptmanns- bzw. Landeshauptmann-Stellvertretermandat ...

Die Elternratswahlen.

Sieg der christlichen Kirche; sie zeigt 223 zu 874 Vertretern.

Das Ergebnis der Elternratswahlen am gestrigen Sonntag ist noch nicht nach jeder Richtung zu überbrücken. Im gesamten ist es aber als ein Sieg der Anhänger der christlichen Schule zu bewerten, größer, als die verhältnismäßig geringfügige Mehrheit der erfassten Vertreter dieser Richtung ausdrückt. In manchen Schulen haben die Christen überhaupt keine christlichen Vertreter im Elternrat; an vielen waren sie in hoffnungsloser Minorität. Die geistige Wahl hat, soweit bis jetzt zu überleben ist, der christlichen Richtung überall einen Fortschritt gebracht, unabhängig davon, ob im Elternrat eine Mehrheit veranlaßt worden, ohne Vertreter sind die Christen nirgends mehr. Der Erfolg von Leipzig, wo 268 Vertretern der westlichen Schule 80 der christlichen gegenübergestellt worden sind, wird in Dresden vielleicht nicht erreicht werden kann; diese Wahl ist in mancher Hinsicht für die christlichen Eltern auch erst ein Anfang gewesen. Aber feuchtet auch dem Ergebnis, daß der Willen der Mehrheit für das Festhalten an der deutschen Kultur, wie sie von Eichart bis Schelling und von Bach bis Beethoven von christlichem Weise geprägt ist, unweiblich entschieden hat.

Die Wahlhandlung ist ernsthaften Sitzungen nicht ausgleicht gewesen. Bis zur Mittagsstunde war die Beteiligung allgemein durchaus flau, zwischen 15 und 20 Prozent der Stimmberechtigten. Um 8 Uhr lebte der Schlepperdienst beider Richtungen, die bis dahin mit eigenen Stimmen die Wahl verfolgt hatten, ein, und zwar mit dem Ergebnis, daß am späteren Nachmittag ein Zustrom wie bei Reichstagssitzungen hinzugekommen war. Vielleicht sind die Frauen eifriger bei der Sache gewesen —, begreiflich, da das Kind im Kindheitstalter a mehr noch der Mutter angehört; meist wählen die Eltern gemeinsam. Kirchner, wie beispielhaft viele Wahlverläufe in der ländlichen Schule oder Wahllokale früher, die gar keine Kinder zur Schule schicken, waren gelegentlich vor. Große Eltern haben mit zügender Hinsicht, wo sie Vermünder waren, der Wahlpflicht genugt. Stärker als sonst trat das persönliche Moment bei dieser Wahl, die jeden im Dienst seines Volkes bestreift, in der Befangenheit, zumal der Frauen, und in den lebhaften Diskussionen vor den Wahllokalen hervor.

Eine Schule, die 47. evangelische, hat überhaupt nicht gewählt, weil hier Einigkeit für die christliche Unterrichtswelt bestand. Ungeklärt liegen die Dinge bei einer anderen, wo die christliche Kirche ungünstig geworden sein sollte und nur Gemeinschaftsschule gewählt wurde, obwohl eine christliche Kirche eingereicht und durch geistliche Prüfung rechtmäßig geworden war. An einer dritten Schule war die Beteiligung eines Wahlvorstandes verhindert worden und hatten sich die Anhänger der westlichen Schule als solcher eingestellt. Zwischen lagen in Vorraum des Wahllokals Eingaben an den Reichstag gegen das Reichsschulgesetz aus. Von diesen Anständen abgesehen, scheint die Wahl ruhig verlaufen zu sein. Die Werbeteilung dafft war besonders von der westlichen Seite ausgeübt; lebhaft betrieben worden; Häuser und Anklageläden gelegenheit haben am Sonntagnachmittag — die Polizei scheint derartig Vorschriften nicht hindern zu können — voll roter und grüner Bettel mit Wahlaufrufen.

Nachstehend das Ergebnis an den einzelnen Schulen, soweit es bis Schluss der Reaktion vorliegt:

Evangelische Volksschulen

Nebenlage der Volksschulen	Wählende Stimmen		Gewählte Vertreter	
	Geschl.	Weib.	Geschl.	Weib.
1. Petriologische Straße 2 . .	415	278	9	6
2. Carolastraße 4 . .	231	134	7	4
3. Grobelstraße 3 und 1 . .	415	509	7	5
4. Glacisstraße 30 . .	440	297	9	6
5. Görlicher Straße 10 . .	375	301	8	7
6. Thielstraße 1 . .	388	476	7	8
7. Oppellstraße 37 . .	511	480	8	7
8. Konkordienstraße 12 . .	316	793	4	11
9. Georgplatz 4 . .	434	295	9	6
10. Marchalstraße 21 . .	398	319	8	7
11. Seldener Platz 6 . .	498	217	10	5
12. Hebbelstr. 20, Gassebaustr. 35 u. Süderstr. .	438	640	6	9
13. Markgrafenstraße 35 . .	402	239	7	4
14. Schanzenstraße 2 . .	435	501	6	9
15. Görlicher Straße 8 . .	371	380	6	7
16. Polierstraße 29 . .	293	337	7	8
17. Wahlsleichtstraße 6 . .	345	414	7	8
18. Glacisstraße 17 und Petriologische Straße 4 . .	445	333	9	6
19. Sedanstraße 19/21 . .	496	329	9	6
20. Jägerplatz 16/17 . .	489	302	9	6
21. Greiberger Platz 25/27 . .	304	355	6	7
22. Louisenstraße 40/42 . .	511	342	8	5
23. Mördericher Straße 19 . .	—	—	—	—
24. Handstraße 49 . .	730	538	9	6
25. Pohlstraße 42 . .	—	—	—	—
26. Bürgerstraße 5 . .	368	867	4	10
27. Moltkestraße 14 . .	298	560	5	9
28. Marienhofstraße 39 . .	498	845	6	9
29. Alte Jakobstraße 22 . .	705	698	8	7
30. Windmühlenstraße 12 . .	637	598	8	7
31. Junghansstraße 15 . .	483	464	8	7
32. Güttan-Greiflags-Straße 27 . .	358	528	5	8
33. Laubegaster Straße 5 . .	—	—	—	—
34. Bilaustraße 35 . .	512	1211	4	11
35. Goethestraße 32 . .	852	1151	6	9
36. Grobelstraße 1/3 . .	371	448	5	8
37. Herderstraße 34 . .	677	1032	6	9
38. Saalhäuser Straße 61 . .	304	731	4	9
39. Schleiermacherstraße 8 . .	435	307	6	5
40. Gottscheuer Straße 34 . .	352	719	4	5
41. Hauptmannstraße 15 . .	162	317	2	5
42. Thälterstraße 9 . .	178	325	3	6
43. Simsonplatz 2 . .	183	514	3	8
44. Salbachstraße 10 . .	151	149	4	3
45. Reicher Straße 39 . .	—	—	—	—
46. Georgplatz 5 . .	129	406	3	11
47. Ummontstraße 17/19 . .	—	—	—	—
48. Seminarstraße 11 . .	472	304	7	4
49. Tieckstraße 14 . .	798	254	10	3
50. Gukhowstraße 30 . .	538	215	11	4
51. Silbermannstraße 5 . .	1061	404	11	4
52. Marhr.-Heinr.-Str. 24 . .	440	259	8	6**
53. Biedlerplatz 2 . .	707	493	9	6
54. Wallstraße 20 . .	571	476	7	6
55. Möhnerstraße 6 . .	546	146	7	2
56. Böttgerstraße 11 . .	314	441	4	5
57. Jägerplatz 16/17 . .	496	347	9	6
58. Volksschule . .	337	307	7	6
59. Göschl . .	—	128	291	2
60. Ober-Göschl . .	77	187	2	5
Nieder-Göschl . .	95	280	3	7

* Soziale Überbestimmung von Elterns und Lehrerinnen, daß die Schule in öffentlichem Interesse gestellt werden soll, und keine Wahl stattfindet.

** Auf eine soziale Wahl sind 45 Stimmen abgegeben worden, die einen Vertreter er als gewählt ergaben.

Hilfschulen	
-------------	--